



Medienausschuss

6. Sitzung (öffentlich)

9. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 11.30 Uhr

Vorsitz: Claudia Nell-Paul (SPD)

Stenograf: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400 und 13/620

Einzelplan 02 -	Ministerpräsident	2
Einzelplan 03 -	Innenministerium	
Einzelplan 04 -	Justizministerium	
Einzelplan 05 -	Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung	5
Einzelplan 08 -	Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr	6
Einzelplan 11 -	Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Ge- sundheit	8
Einzelplan 14 -	Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnen, Kul- tur und Sport	10
Einzelplan 15 -	Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie	11

Vorlagen 13/114, 13/118, 13/162, 13/250, 13/280, 13/282, 13/292, 13/302, 13/304, 13/312, 13/313 und 13/452

in Verbindung damit

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 bis 2004

Unterrichtung der Landesregierung
Drucksache 13/401

Der Ausschuss berät über die medienrelevanten Ansätze der seinen Bereich berührenden verschiedenen Einzelpläne.

2 Sachstandsbericht zur Gründung einer NRW Medien GmbH

Bericht der Landesregierung

12

Der Ausschuss lässt sich erneut über den Sachstand zur Gründung einer NRW Medien GmbH unterrichten und führt anschließend eine kurze Aussprache dazu durch.

3 Verschiedenes

14

Der Ausschuss beschließt einstimmig, für den 30. und 31. August eine Informationsreise nach Berlin aus Anlass der internationalen Funkausstellung beim Präsidium zu beantragen.

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400 und 13/620

Einzelplan 02 -	Ministerpräsident
Einzelplan 03 -	Innenministerium
Einzelplan 04 -	Justizministerium
Einzelplan 05 -	Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung
Einzelplan 08 -	Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr
Einzelplan 11 -	Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit
Einzelplan 14 -	Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnen, Kultur und Sport
Einzelplan 15 -	Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Vorlagen 13/114, 13/118, 13/162, 13/250, 13/280, 13/282, 13/292, 13/302, 13/304, 13/312, 13/313 und 13/452

in Verbindung damit

Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 bis 2004

Unterrichtung der Landesregierung
Drucksache 13/401

Vorsitzende Claudia Nell-Paul bedankt sich für die zugegangene Vorlage 13/452, in der die medienrelevanten Haushaltstitel ausgewiesen würden. Dazu habe es mit der Vorlage 13/460 noch eine Ergänzung gegeben. Zu den Einzelplänen 03 - Innenministerium - und 04 - Justizministerium - lägen keine Unterlagen vor. Unter dem Aspekt des E-Government könnten für sie aber auch in diesen Ressorts medienrelevante Themen gefunden werden.

CdS StS Adamowitsch betont, der Innenminister habe dem Ausschuss zu diesem Thema E-Government einen ausführlichen Bericht zugesagt, der leider nicht bis zur heutigen Sitzung fertiggestellt werden könne. Diesen Bericht werde der Ausschuss umgehend erhalten.

Vorsitzende Claudia Nell-Paul schlägt vor, dieses Thema vielleicht auch unabhängig von den Haushaltsberatungen auf die Tagesordnung zu nehmen, da es insoweit eher um eine inhaltliche Beratung gehe. - **Marc Jan Eumann (SPD)** gibt zu bedenken, ob es nicht vielleicht trotz des angekündigten Berichts sinnvoll sein könnte, die medienrelevanten Titel mit zu beraten.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Marc Jan Eumann (SPD) sieht in der dem Ausschuss dankenswerterweise übergebenen Übersicht in Vorlage 13/452 eine erhebliche Arbeitserleichterung. Zum Medienforum bitte er um einen Bericht, wie weit die Planungen für das aktuelle Medienforum gediehen seien. Insbesondere interessiere ihn die Verknüpfung mit dem Projekt Generation M. Zur Internationalen Film Schule Köln sollten ebenfalls aktuelle Informationen vorgestellt werden.

Nach der Aussage von **MR Dr. Lossau (StK)** befinde sich das Medienforum, wie in jedem Jahr, voll im Zeitplan. Auch in diesem Jahr sei für die Steuerung ein Team verpflichtet worden. Die notwendigen Verträge mit den Agenturen gebe es bereits. Jetzt gehe es um die inhaltliche Planung über die verschiedenen Pannels. Die Konzeption sehe erneut verschiedene Bereiche vor. Die mecon werde wieder dargestellt. Generation M, die Jugendberufemesse und Informationsmesse, werde stärker als in den letzten Jahren ausgebaut. Die Verträge in diesem Bereich seien mit AIM, also dem Koordinierungszentrum für Berufe im Bereich der Medien und der Telekommunikation geschlossen. Die Vorarbeiten für Generation M liefen etwa seit Oktober des letzten Jahres. Es werde einige Räumlichkeitsveränderungen geben. So würden Überlegungen hinsichtlich des Medienbürgerfestes angestellt. Gedacht werde an eine stärkere Einbeziehung in den Messebereich, um auch einen Zugang zu der dann bereits eröffneten Veranstaltung Generation M zu ermöglichen. Dabei gehe es insbesondere um die Ansprache junger Menschen und deren Eltern als zusätzliche Zielgruppe. Über die Referenten könne er heute noch keine Aussage machen. Ansonsten entspreche die Struktur in etwa der letztjährigen, sie sei aber übersichtlicher, gestraffter und mit mehr Führung in die einzelnen Kongressteile hinein, sodass ein Teil der im letzten Jahr geäußerten Kritik von der Organisation und Konzeption aufgenommen werde.

Die "Internationale Film Schule Köln" sei inzwischen gegründet und befinde sich in der Trägerschaft der Filmstiftung. Mit dem im Haushaltsplan veranschlagten Geschäftsbesorgungsplan werde der Betrieb dieser "Film Schule" gesichert. Es gehe dabei auch darum, die "Schreib Schule" und andere Bereiche in Köln zu bündeln. Die Argumentation für die "Internationale Film Schule Köln" bestehe darin, dass es für Nordrhein-Westfalen standortrelevant sei, weil junge sich in der Ausbildung befindliche Menschen in der Regel ihre Erstbeschäftigung auch an diesem Standort suchten und fänden, wenn sie gut seien. Solche Beispiele kenne man aus Berlin und München. Häufig habe festgestellt werden müssen, dass Spitzenkünstler in diesem Medienbereich, die etwa in Berlin die Ausbildung aufgenommen hätten, dort geblieben seien. Darin habe ein Personaldefizit in der Medienmetropole Köln mit Auswirkungen nach Düsseldorf und bis ins Ruhrgebiet bestanden. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sei die Konzeption der "Internationalen Film Schule Köln" entwickelt

worden, die sich jetzt hoffentlich auf einem guten Weg befinde. Es bestehe die Absicht, diese Einrichtung in Köln auszubauen.

Dr. Stefan Grüll (F.D.P.) fragt, ob über den Mittelabfluss im Jahr 2000 Erkenntnisse vorlägen, die es rechtfertigten, den Ansatz bei Titelgruppe 61 für die Zuschüsse an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH nicht zu verändern. Außerdem bitte er mit dem Hinweis auf die von der neuen Geschäftsführung angekündigten Evaluierung von Maßnahmen der Filmstiftung, um zu mehr Effizienz zu kommen, darzulegen, ob sich dies haushaltstechnisch auswirken könne.

MR Dr. Lossau (StK) antwortet, die Zahlen über den Mittelabfluss des Jahres 2000 lägen noch nicht vor. Diese Zahlen werde er dem Ausschuss zukommen lassen, sobald ihm diese zur Verfügung stünden. Im Übrigen lägen der Filmstiftung sicherlich mehr Anfragen auf Filmförderung vor, als sie bewilligen könne. Insofern sei von einer Ausschöpfung des Etats auszugehen. Allerdings könne nicht aus der Anzahl der Anträge unbedingt auf das Volumen geschlossen werden, weil nicht sämtliche Anträge förderungsfähig seien. Daher wolle er für eine verbindliche Aussage die Abrechnung abwarten.

Die Vorstellung der Konzeptionen des neuen Geschäftsführers sollte von diesem nach dessen Amtsantritt erfragt werden. Jedenfalls wolle er dem neuen Geschäftsführer insoweit nicht vorgeifen.

Lothar Hegemann (CDU) möchte zu Titel 546 61 wissen, was sich hinter dem Ansatz für den "Geschäftsbesorgungsvertrag Filmstiftung NRW GmbH" verberge.

Sodann nimmt der CDU-Sprecher Bezug auf den Kaufvertrag mit dem neuen Betreiber von HDO, in dem stehe, aus Mitteln der Filmstiftung seien jährlich 7 Millionen DM für das Trickfilmstudio in Oberhausen zu erwarten. Ihn interessiere, ob diese Summe abgerufen worden sei.

Mit dem Hinweis auf eine Meldung vom 17.01.2001 in der "NRZ", dass der neue Geschäftsführer der Filmstiftung, Schmidt-Ospach, erklärt habe, ihm stehe ein ursprünglich für die Schwerindustrie in Nordrhein-Westfalen vorgesehenes neues Kreditprogramm des Landes zur Verfügung. Er wüßte gern, um welches Programm es sich dabei handele.

Marc Jan Eumann (SPD) regt an, der Ausschuss solle Herrn Schmidt-Ospach nach dessen Amtsantritt im Mai zu einer Sitzung einladen und sich dann dem Thema Filmstiftung und deren Neuausrichtung intensiv widmen. - **Vorsitzende Claudia Nell-Paul** sagt zu, diesen Vorschlag aufzugreifen und im Obleute-Gespräch einen Termin dafür festlegen zu wollen.

CdS StS Adamowitsch kennt das vom Abgeordneten Hegemann genannte Zitat nicht, weshalb ihm auch der gemeinte Zusammenhang nicht klar sei. Er werde über diese Aussage

mit Herrn Schmidt-Ospach sprechen müssen. Im Übrigen übernehme Herr Schmidt-Ospach zum 1. Mai 2001 die Geschäfte. Die jetzige Berichterstattung in den Medien zur Filmstiftung bewege sich im Vorfeld der künftigen Wahrnehmung der Geschäftsführung. Das sei zu trennen von den haushaltsrelevanten Angelegenheiten, die jetzt zur Beratung anstünden. Er spreche sich dafür aus, dem Vorschlag zu folgen, dass der Ausschuss mit Herrn Schmidt-Ospach nach dessen Einarbeitung als Geschäftsführer und sobald er in der Lage gewesen sei, seine eigene Handschrift zu definieren, ein Gespräch im Sommer führe. Mit dem Haushalt habe das insofern auch nichts zu tun, weil sich der künftige Geschäftsführer auch in dem Rahmen bewegen müsse, der vom Landtag im Einzelplan 02 festgelegt werde.

MR Lossau (StK) teilt mit, bei dem angesprochenen Geschäftsbesorgungsvertrag handele es sich um den normalen Vertrag für die laufenden Geschäfte der Filmstiftung. Es gehe dabei nicht um die Filmförderung, sondern um die dort geleistete allgemeine Verwaltungsarbeit.

Bei den nachgefragten 7 Millionen DM sei eine völlig normale Filmförderung für Post-Production gemeint, die nicht an HDO, sondern an die produzierenden Unternehmen fließe, die um eine solche Förderung nachsuchten. Es unterliege deren Entscheidung, ob sie mit HDO zusammenarbeiteten.

Lothar Hegemann (CDU) kommt zu sprechen auf das jetzt in der Staatskanzlei angesiedelte Technologieprogramm in Höhe von 21,6 Millionen DM, das früher über mehrere Ministerien verteilt gewesen sei. Ihn interessiere, wer die Koordinierung wahrnehme, wenn etwa aus dem MASQT oder aus dem MWMEV Mittel abgerufen würden.

CdS StS Adamowitsch legt dar, als das TPW noch in toto im Einzelplan 08 ressortiert gewesen, sei, habe es eine Vereinbarung zwischen den Ressorts mit einer bestimmten prozentualen Aufteilung gegeben. Der Haushaltswahrheit und -klarheit wegen habe man jetzt eine Trennung vorgenommen. Die nach der früheren Regelung vereinbarten 20 Prozent der Mittel seien in gleicher Höhe in den Einzelplan 02 herübergeholt worden.

Lothar Hegemann (CDU) möchte wissen, ob es wegen des Ausscheidens von Dr. Klenke und dem Eintritt von Frau Dr. Meckel in der Staatskanzlei zu einer Umorganisation kommen werde.

CdS StS Adamowitsch geht davon aus, dass Frau Dr. Meckel in der Staatskanzlei die Geschäftsbereiche Landespresseamt und Mediengruppe MTK von Dr. Klenke verantwortlich übernehmen und leiten werde.

Vorsitzende Claudia Nell-Paul merkt zum Schluss an, zumindest für den Einzelplan 02 sehe sie für den Medienausschuss eine originäre Zuständigkeit, wenn es um medienrelevante

Haushaltstitel gehe. Deshalb habe sie in "Landtag intern" mit Erstaunen gelesen, dass sich der Hauptausschuss bei der Haushaltsberatung in seiner letzten Sitzung fast ausschließlich mit Medienpolitik, wenn auch aufgrund des Vortrages der Landesregierung, beschäftigt habe. Es sollte Klarheit herrschen, wo die jeweilige Zuständigkeit liege. Der Medienausschuss sei bei den anderen Einzelplänen mitberatend tätig, aber er wolle eben alle medienrelevanten Titel des Haushalts behandeln, was rechtfertige, dass man so viele Einzelpläne aufrufe.

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) bittet zu Titelgruppe 62 um Erläuterung des "Bildungsportals".

Anke Brunn (SPD) kommt zu sprechen auf den Hochschulbereich. Bisher habe es eine Stelle gegeben, die sich mit der Koordinierung und Entwicklung weiterer Ausbildungsgänge im Hochschulbereich beschäftigt habe. Sie bitte darzulegen, welche Änderungen diesbezüglich geplant seien.

LMR Heinemann (MSWF) verweist zum "Bildungsportal" darauf, dass dieses in der Koalitionsvereinbarung verabredet worden sei. Es gehe bei ihm um ein qualitativ hochwertiges Informationssystem zu allen in NRW möglicherweise anstehenden Bildungsfragen. Das Portal könne als Lotse durch den Bildungsraum NRW angesehen werden. Dieses Bildungsportal solle alle Informationen abbilden, die für Nutzer bezüglich Schule, Hochschule und Weiterbildung interessant sein könnten. Darüber hinaus solle mit ihm auch ein Einstieg in das E-Government der Bildungsverwaltung geschaffen werden, über das mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie Professorinnen und Professoren kommuniziert werden solle. Unter Zuhilfenahme von Beratung werde an der Erstellung einer "Architektur" für dieses Portal gearbeitet. Dabei gehe es auch darum, all die bereits vorhandenen Anlaufpunkte zu integrieren. Im Augenblick würden ausschreibungsfähige Unterlagen entwickelt. Im Frühjahr solle dann Europa weit ausgeschrieben werden. Es werde versucht, mit einem großen, über entsprechende Erfahrungen verfügenden Partner die erwähnte "Architektur" herzustellen.

Die von der Abgeordneten Brunn gewünschte Information müsse und werde er nachreichen.

Dr. Stefan Grüll (F.D.P.) begrüßt ausdrücklich den eingeschlagenen Weg, ein Bildungsportal zu schaffen, das vermutlich auch personelle Auswirkungen haben werde, wenn es um die Prüfung von Anträgen auf Erziehungsurlaub gehe.

Einzelplan 08 - Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr

MR Kröger (MWMEV) entschuldigt sich dafür, dass dieses Ministerium in der vergangenen Sitzung nicht vertreten gewesen sei, weil ihn versehentlich die Einladung nicht erreicht habe. Anschließend stellt der Ministeriumsvertreter die medienrelevanten Haushaltspositionen des Wirtschaftsministeriums vor.

Das Programm für Industrieregionen im Strukturwandel (PROFIS) stehe für Medienprojekte der Staatskanzlei zur Verfügung. Darüber würden vor allem Verbundprojekte finanziert. Verfahrensmäßig sei das Programm nach einem Beschluss der Landesregierung im Einzelplan 08 etatisiert, aber Zugriff darauf hätten mehrere Ressorts, u. a. die Staatskanzlei, wenn sie medienrelevante Projekte realisieren wolle, die sich unter dieser Zweckbestimmung subsumieren ließen.

Aufgeführt habe das Ministerium in der Vorlage die Gemeinschaftsprogramme mit der EU, und zwar diejenigen, für die Jahre 2000 bis 2006 bzw. das von der EU aufgelegte Programm für die Übergangsphase für den Zeitraum 2000 bis 2005. Die EU stelle dem Land Nordrhein-Westfalen für den Zeitraum 2000 bis 2006 Strukturhilfen in einer Größenordnung von etwa 2 Milliarden DM im Rahmen des Ziel-2-Programms zur Verfügung, wovon 1,8 Milliarden DM auf die eigentlichen Ziel-2-Gebiete entfielen und 0,2 Milliarden DM auf die so genannten Übergangsgebiete, die aus der Förderung herausfielen. Von diesen 2 Milliarden DM, die von der EU insgesamt für strukturfördernde Maßnahmen zur Verfügung gestellt würden, entfielen auf den so genannten Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) 1,6 Milliarden DM. Diese Mittel würden entsprechend der EU-Vorgaben ausschließlich im Einzelplan des Wirtschaftsministers etatisiert. Von ihrer Zweckbestimmung her seien sie jedoch so angelegt, dass auf diese Mittel auch alle übrigen Ressorts Zugriff hätten, soweit sie denn strukturfördernde Maßnahmen finanzierten. Der EU-Kommission habe das Ministerium das so genannte operationelle Programm, in dem beschrieben werde, auf welche Weise die Mittel eingesetzt werden sollten, Anfang des vergangenen Jahres vorgelegt. Am 23. Januar sei es durch die EU-Kommission grundsätzlich genehmigt worden. Jedoch müssten noch einige Detailfragen mit der EU abgeklärt werden.

Dieses Gesamtprogramm unterteile sich in mit der EU abgesprochene Förderschwerpunkte. Zu diesen zählten auch die Medien- und Kommunikationswirtschaft. Demnach könne, wenn insbesondere aus dem Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei in den Ziel-2-Gebieten medienrelevante Projekte zu fördern seien, diese auf die hier angesprochenen Mittel analog dem früheren TPW-Verfahren zugreifen.

Zum Schluss erinnert Herr Kröger daran, dass es beim Technologieprogramm Wirtschaft, das ursprünglich ebenfalls einmal insgesamt im Einzelplan 08 etatisiert gewesen sei, inzwischen eine Aufteilung gegeben habe. Während im normalen Haushaltsplanentwurf bereits der auf das MASQT anfallende Anteil in dessen Einzelplan verlagert worden sei, habe die Verschiebung des auf die Staatskanzlei entfallenden Anteils im Rahmen der ersten Ergänzung aus Gründen von Haushaltsklarheit und Abgrenzung von Verantwortlichkeiten in den Einzelplan 02 stattgefunden.

Lothar Hegemann (CDU) bittet um die Information, ob bei der Anmeldung für Ziel-2-Mittel konkrete Projekte oder nur eine allgemeine Nennung angeführt worden sei. Vielleicht gebe es ja auch aus diesen Gebieten Wünsche für bestimmte Projektförderungen.

MR Kröger (MWMEV) erläutert, bei der Konzeption dieses Programmes hätten vorliegende Anträge oder Anmeldungen zunächst einmal keine Rolle gespielt. Mit der EU werde zuerst über das Gesamtvolumen dieser Ziel-2-Programme verhandelt. Im Grunde genommen gebe also die EU vor, welche Anteile aus diesen EFRE-Mitteln auf das Land Nordrhein-Westfalen entfielen. Mit der EU werde im Grunde nur verabredet, für welche Förderschwerpunkte das Land das Geld ausbe. Die Einzelprojekte würden mit der EU nicht abgesprochen. Das Land entscheide natürlich im Rahmen der EU-Vorgaben, welche Projekte über dieses Programm realisiert würden.

Lothar Hegemann (CDU) fragt, ob über dieses Programm auch öffentliche Einrichtungen oder Public-Private-Partnership-Vorhaben gefördert werden könnten.

MR Kröger (MWMEV) antwortet, im Rahmen der NRW/EU-Programme könne die ganze Palette der möglichen Zuwendungsempfänger finanziert werden.

Anke Brunn (SPD) bittet um die Nennung von Beispielprojekten für den für diesen Ausschuss einschlägigen Bereich.

MR Kröger (MWMEV) bedauert, aus dem Kopf keine Beispiele anführen zu können, weil es auch Projekte gewesen seien, die nicht das Wirtschaftsministerium finanziert habe. Vielmehr habe man entsprechende Mittel der Staatskanzlei zur Verfügung gestellt, über die dann die Projektförderung erfolgt sei. Aber die entsprechenden Informationen könnten wohl nachgereicht werden.

CdS StS Adamowitsch sagt zu, in der nächsten Ausschusssitzung über entsprechende von der Staatskanzlei aus diesem Programm geförderte Projekten eine Darstellung zu geben. Im Übrigen finde eine Abstimmung zwischen dem Wirtschaftsministerium und der Staatskanzlei statt. Es gebe deshalb auch Synergieeffekte, was auch an den dann vorzustellenden Projekten gut nachvollzogen werden könne.

Auf die entsprechende Nachfrage von **Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** informiert **MR Kröger (MWMEV)**, dass von diesem Gesamtvolumen der NRW/EU-Programme bestimmte Anteile, wie das für das Technologieprogramm Wirtschaft vermittelt worden sei, auf die einzelnen Bereiche entfielen. Es gebe Förderschwerpunkte, die im Rahmen dieses Program-

mes berücksichtigt werden könnten. Inwieweit die auf einzelne Förderachsen wie den Medien- und Kommunikationsbereich entfielen, hänge letztlich von den im Rahmen der Programmdurchführung vorgelegten Projekte ab. Insofern könnten es für diesen Bereich weniger als 20 Prozent, aber auch mehr als dieser Prozentsatz sein.

CdS StS Adamowitsch ergänzt, auch in diesem Bereich habe man sich auf einen Korridor von 20 Prozent geeinigt. Eine zielgenaue Festlegung sei jedoch nicht möglich, weil das abhängig sei von den hereinkommenden Projektanträgen.

Einzelplan 11 - Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

Marc Jan Eumann (SPD) empfindet als ausgesprochen angenehm, in welcher Weise dieses für diesen Ausschuss nicht federführende Ministerium dessen Arbeit begleite. Zu den Web-Mobilen für Frauen und Jugendliche bitte er um Erfahrungsberichte.

MR Philippsen (MFJFG) führt aus, der Modellversuch "mobile Internetcafé Linie I" laufe seit gut zwei Jahren. Ein großer Bus sei umgebaut und mit Laptops ausgestattet worden. Mit diesem Bus, der insbesondere durch den ländlichen Raum des Landes fahre, solle und werde vor allem die Zielgruppe Mädchen erreicht. Inzwischen liege das Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation vor. Eine Fortsetzung des Projekts sei beabsichtigt. Bisher hätten 11.000 Mädchen und Frauen das Projekt aufgesucht. Bei diesen habe man Interesse für den Umgang mit dem Internet geweckt und sie damit auch vertraut gemacht. Ihnen seien auch kritische Aspekte des Internets vorgeführt worden. Der Bus habe über 300 Städte Nordrhein-Westfalens aufgesucht. In über 700 Veranstaltungen seien den Teilnehmerinnen moderne Medientechnologien näher gebracht worden. Die Arbeitsmarktorientierung habe dabei im Vordergrund gestanden. Dabei seien nicht nur Mädchen in der Berufsorientierungsphase, sondern auch Berufsrückkehrerinnen angesprochen worden.

Marc Jan Eumann (SPD) bittet darum, dem Ausschuss die Evaluationsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Er halte solche Ideen für gut, hilfreich wäre es aber, wenn mit Fakten der Nutzen derartiger Projekte untermauert werden könnte.

Dr. Frank Freimuth (SPD) bittet um eine Aussage zur Auslastung des Web-Mobils. - **Oliver Keymis (GRÜNE)** fragt, wie die Ergebnisse für das entsprechende Projekt bei den Senioren aussähen.

MR Philippsen (MFJFG) bedauert, nichts über die Auslastung des entsprechenden Projekts bei den Senioren sagen zu können. Diese Informationen würden aber nachgeliefert. Was die Auslastung des Projekts "Linie I" angehe, habe das Ministerium wegen der das Angebot weit übersteigenden Nachfrage eine Mittelaufstockung beantragt.

Lothar Hegemann (CDU) möchte wissen, wie dieses Projekt technisch ablaufe.

MR Philippsen (MFJFG) berichtet, zu Beginn des Projektes habe man mit der Telekom zusammengearbeitet. Die Telekom und die Arbeitsverwaltung Nordrhein-Westfalen hätten sich als Co-Finanziers beteiligt. Vor dem Start der jeweiligen Projekte würden die Anschlüsse jeweils lokal gelegt. Bei einer lokalen Nachfrage müsse ein festes Set vor Ort bereitgestellt werden. Die Telekom Sorge als lokaler Provider für den Internetanschluss.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) nimmt Bezug auf das in der Vorlage 13/372 erwähnte Projekt "Bürgerfunk für Senioren - Gütersloh" und möchte mit dem Hinweis auf die für solche Förderungen eigentlich zuständige Landesanstalt für Rundfunk wissen, wie es zu einem solchen Posten habe kommen können und welche Struktur hinter diesem Projekt stehe.

MR Lauf (MFJFG) legt dar, das Ziel bestehe darin, den Senioren die neuen Medien näher zu bringen. In diesem Sinne würden geeignete Modellprojekte durchgeführt, mit denen die verschiedenen Möglichkeiten untersucht würden. In diesem Zusammenhang sei von einem Projektträger der Antrag "Bürgerfunk" gestellt worden. In den Jahren 1999 und 2000 habe das Ministerium dieses Vorhaben mit jeweils 80.000 DM als Modellprojekt gefördert. Eine weitere Förderung hänge davon ab, wie der vorzulegende Abschlussbericht beurteilt werde.

Vorsitzende Claudia Nell-Paul hält die Anmerkung von Dr. Brinkmeier nicht für falsch, weil der Bürgerfunk in der Zuständigkeit der Landesanstalt für Rundfunk liege und von dieser auch finanziert werde.

CdS StS Adamowitsch vermutet, in diesem Falle handele es sich um eine Schnittstelle zwischen dem Auftrag der LfR und einem Ministerium, die sich aus einer bestimmten Projektidee dieses Ministeriums ergebe. Geklärt werden müsse, ob bei solchen Überlegungen der private Rundfunk ausgeschlossen werden solle. Ihm erscheine ein solcher grundsätzlicher Ausschluss von solchen Förderungen nicht zwingend. Über diese Grenzzone müsste aber einmal diskutiert werden.

Tanja Brakensiek (CDU) bittet anzugeben, ob es vergleichbare Projekte gebe, die in diesem Umfang von der Landesregierung gefördert worden seien, und ob Verwendungsnachweise

darüber existierten, welche Mittel wofür eingesetzt worden seien. Nach ihren Informationen könne eine Förderung von 80.000 DM als erheblich bezeichnet werden. Sie bitte darzulegen, wer auf wen in diesem Fall zugegangen sei, um diese Förderung in Ansatz zu bringen.

Dr. Stefan Grüll (F.D.P.) legt Wert auf eine Berichterstattung über die Vergabekriterien, und zwar auch mit Blick auf künftige Modellprojekte.

CdS StS Adamowitsch verweist darauf, das zuständige Haus habe berichtet, dass dieses Projekt evaluiert werde und Erfahrungsberichte vorgelegt würden. Sobald die Erfahrungsberichte eingegangen seien, sollte das zuständige Ministerium dem Ausschuss beispielsweise über die Förderkriterien usw. berichten. Auf dieser Berichtsbasis könne über dieses Thema dann weiter diskutiert werden.

Anke Brunn (SPD) regt an, dem Ausschuss gleichzeitig die Information über die Vergabekriterien bei der LfR für die entsprechenden Förderprogramme zu geben. Das Modellprojekt betreffe nämlich eine andere Maßnahme als das, was die LfR fördere.

Auf die Bitte von **Dr. Stefan Grüll (F.D.P.)** sagt **CdS StS Adamowitsch** zu, dem Ausschuss vorab die Förderkriterien und die Historie dieses konkreten Projektes mitzuteilen.

Vorsitzende Claudia Nell-Paul schließt die Aussprache zu diesem Punkt mit der Mitteilung, dieses Thema in der nächsten Sitzung noch einmal aufzurufen.

Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

AR'in Kaiser (MSWKS) berichtet, nach der Umressortierung habe das Ministerium den Bereich Kultur übernommen. Deshalb weise dieser Einzelplan jetzt bestimmte medienrelevante Ansätze auf. Allerdings handele es sich dabei primär um Kulturförderung und weniger um Medienförderung.

Bei der Filmförderung gehe es um die Unterstützung kleiner und größerer Festivals. Beim Kulturserver drehe es sich um ein Kulturportal, in dem sich kulturrelevante Einrichtungen präsentieren könnten. Schließlich gebe es noch das Multimediatheater.

Lothar Hegemann (CDU) möchte wissen, ob bei der Filmförderung nicht die gleiche Klientel wie vom Filmbüro angesprochen werde oder ob darüber nur Einzelprojekte angemeldet werden könnten.

